

Persönliche Erklärung des Abgeordneten Marcel Emmerich nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI“ (Drucksache 21/2648)

Kaum eine Frage trifft das Gewissen von Abgeordneten so unmittelbar wie die Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die parlamentarische Kontrolle über die Entsendung von deutschen Soldatinnen und Soldaten ist ein hohes Gut und bedarf einer sorgfältigen Abwägung. Mein besonderer Dank gilt den Soldatinnen und Soldaten, die in den verschiedenen Mandaten ihren Dienst leisten – oft unter schwierigen Bedingungen und mit großem persönlichem Einsatz.

Die Umsetzung der Resolution 2292 (2016) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Berliner Vereinbarungen zur Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen ist ein wichtiges und unterstützenswertes Ziel. Die Kontrolle der Einhaltung dieses Embargos ist ein Beitrag zur Eindämmung illegaler Waffenströme über das Mittelmeer. Wir haben aber auch eine humanitäre Verantwortung in der Welt, die die Bundesregierung nicht bei den Bundeswehrmandaten ignorieren oder kleinreden darf. Insgesamt überwiegen aus meiner Sicht jedoch die menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Probleme der Mission EUNAVFOR MED IRINI so deutlich, dass das Mandat in dieser Form nicht tragbar ist.

Problematische Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache

Nach dem in den letzten Jahren die Ausbildung und der Kapazitätsaufbau der sogenannten libyschen Küstenwache aufgrund des Einsatzes meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bewusst nicht Teil des Mandats war, hält sich die Bundesregierung nun wieder ausdrücklich offen, „einschlägige libysche Einrichtungen“ beim Aufbau von Kapazitäten und bei Schulungen zu unterstützen. Nach bisheriger Praxis ist zu befürchten, dass darunter auch die Ausstattung und Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache zu verstehen ist, wie sie durch die Mission EUNAVFOR MED IRINI auch in der Vergangenheit durchgeführt wurde. Die sogenannte libysche Küstenwache ist aber kein staatlich kontrollierter Akteur, sondern ein loses Geflecht aus Milizen, das laut Berichten der Vereinten Nationen und zahlreicher Menschenrechtsorganisationen in schwerste Menschenrechtsverletzungen verwickelt ist – bis hin zu Folter und Erpressung. Zuletzt gab es auch lebensbedrohlichen Schusswaffengebrauch gegen Schutzsuchende und zivile Rettungsschiffe, darunter auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an Bord.

Aus humanitärer und menschenrechtlicher Sicht ist bereits die Möglichkeit dieser unkritischen Form der möglichen Befähigung und Zusammenarbeit mit diesen Kräften, welche im Mandat festgeschrieben ist, hochproblematisch. Die Gefahr, dass damit mittelbar Akteure ausgebildet werden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, ist real und durch zahlreiche Berichte belegt.

Ein Mandat ohne Rettungsauftrag und die Gefahr völkerrechtswidriger Rückführungen

Es ist bitter, dass trotz der Mission allein im Jahr 2024 mindestens 3.500 Menschen im Mittelmeer qualvoll ertrunken sind. Nur vereinzelt koordinierte und begleitete die Mission in den letzten Jahren Such- und Rettungseinsätze vor der Küste Libyens. EU-Missionsberichte lassen den Schluss zu, dass nach Begleitung oder Koordinierung von Rettungen durch Missionsschiffe oder dem Hauptquartier in Rom, die geretteten Menschen in das Bürgerkriegsland Libyen zurückgebracht wurden und nicht in sichere Häfen. Ersteres wären völkerrechtswidrige Rückführungen nach Libyen – in ein Land, das von den Vereinten Nationen

ausdrücklich nicht als sicherer Ort für Geflüchtete eingestuft ist. Es braucht endlich eine staatlich organisierte und auskömmlich finanzierte, europäische Seenotrettungsmission und eine faire Verteilung Geflüchteter in Europa.

Die Fortsetzung des Mandats EUNAVFOR MED IRINI in der vorgelegten Form lehne ich daher ab und stimme mit Nein.

Marcel Emmerich, MdB

Berlin, den 13. November 2025

--